



Presseschau vom 18.10.2019

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info.*

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, Korrespondent und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, Korrespondent und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

vormittags:

de.sputniknews.com: „Geheime“ Nato-Übung: Bundeswehr trainiert ebenfalls Verteidigung mit Atomwaffen

In dieser Woche hat der dpa zufolge auf dem Fliegerhorst Büchel in Rheinland-Pfalz beziehungsweise in niederländischen Volkel eine geheime Bündnisübung mit dem Namen „Steadfast Noon“ begonnen. Trainiert wird das Szenario eines Atomkrieges, wobei die Luftwaffe sich mit Tornados des taktischen Luftwaffengeschwaders 33 an der Übung beteiligt.

Die Tornados sind auf dem Fliegerhorst Büchel stationiert, wo nach einzelnen, offiziell nicht bestätigten Angaben ebenfalls taktische US-Atomwaffen vom Typ B61 lagern. Dabei wird unter anderem der Einsatz von Jagdbombern trainiert, die im Kriegsfall mit Atomwaffen bestückt werden könnten.

Die B61 könnten im Rahmen der „nuklearen Teilhabe“ in der Nato im Ernstfall auch von deutschen Tornados abgeworfen werden und dann unter anderem gegnerische Streitkräfte ausschalten. Weitere US-Atomwaffen sollen in Italien, Belgien, der Türkei und den Niederlanden lagern.

Bei den regelmäßig stattfindenden sogenannten „Steadfast Noon“ (Standhafter Mittag)-Manövern wird Berichten zufolge unter anderem geübt, wie man die US-Atomwaffen sicher aus unterirdischen Magazinen zu den Flugzeugen transportiert und unter die Kampfjets montiert. Bei Übungsflügen wird dann allerdings ohne Bomben geflogen.

Informationen zum Szenario der Übung gab es zunächst nicht. Der Nuklearwaffenexperte Hans Kristensen wies darauf hin, dass das Manöver kurz nach dem Eintreffen amerikanischer

B-52-Bomber in England stattfindet. Dies werde zumindest von Russland nicht als Zufall gewertet werden, sagte der Leiter des „Nuclear Information Project“ der Federation of American Scientists (FAS) gegenüber der dpa.

Mit der Auflösung des INF-Vertrags zum Verzicht auf landgestützte atomwaffenfähige Mittelstreckensysteme ist die Gefahr eines auch mit Atomwaffen geführten Krieges deutlich gestiegen. Die USA hatten das Abkommen im Sommer mit Rückendeckung der Nato-Partner inklusive Deutschlands aufgelöst, weil sie davon ausgehen, dass Russland es seit Jahren mit einem Mittelstreckensystem namens 9M729 (Nato-Code: SSC-8) verletzt. Moskau wies dies zurück und soll der Nato bisher vergeblich ein neues Raketen-Angebot gemacht haben. Die USA arbeiten bereits an einem neuen mobilen bodengestützten Mittelstreckensystem, das in Zeiten des INF-Vertrags illegal gewesen wäre. Es soll nach derzeitiger Planung ausschließlich konventionelle - das heißt nicht-atomare - Sprengköpfe transportieren. Bei seinem Moskauer Besuch verteidigte Außenminister Heiko Maas (SPD) im August den US-Test von durch den INF verbotenen Marschflugkörpern und stärkte dem Bündnispartner damit den Rücken.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images//32587/46/325874656.jpg>

lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden zweimal das „Regime der Ruhe“ im Verantwortungsbereich der LVR verletzt. Dies teilte die Vertretung der LVR im GZKK mit.

Beschossen wurden die Gebiete von **Kalinowo** und **Nishneje Losowoje**. Geschossen wurde mit 120mm- und 82mm-Mörsern und Schützenpanzerwaffen.

de.sputniknews.com: **Nach Protesten in Ecuador: Behörden vermuten Einfluss aus Venezuela und Russland**

Laut María Paula Romo, der ecuadorianischen Innenministerin, ermittelt die Generalstaatsanwaltschaft des Landes, ob bei jüngsten Demonstrationen im Land Kräfte von außen, darunter aus Russland, die Protest-Führer beeinflusst haben.

Bei manchen gegen die Regierung gerichteten Äußerungen in den sozialen Netzwerken seien IP-Adressen aus Russland benutzt worden, sagte María Paula Romo in einem Interview mit der peruanischen Zeitung „El Comercio“. Die wichtigsten Anti-Regierungs-Trends in den sozialen Netzwerken stammten dabei aus Venezuela.

„Ich hoffe, dass die Ermittlungen, die die Staatsanwaltschaft durchführt, uns in den kommenden Tagen Gewissheit über den Grad der Koordinierung zwischen verschiedenen sozialen Sektoren, lokalen Behörden, Staatsangehörigen und Kräften außerhalb Ecuadors bringen werden“, so die Innenministerin Ecuadors. Damit beantwortete sie die Frage, ob es eine Art Vereinbarung zwischen den Anführern verschiedener sozialer Bewegungen und den Gruppen, die Unruhen stifteten, gegeben habe.

Das, was innerhalb von zwölf Tagen im Land geschehen sei, sei ein Versuch gewesen, die Regierung zu destabilisieren, so María Paula Romo weiter. Es handle sich nicht um einen „politischen Putsch“, da die politischen Parteien daran nicht teilgenommen hätten. „Es gab Hunderte von Menschen, die das Militär, Lagerstätten, Wasserspeicher, Telekommunikationsanlagen und die Medien angriffen. Es ist das, was in einem Kriegsszenario passiert“, fügte sie hinzu.

Alexander Bortnikow, der Chef des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB, erklärte am Mittwoch, dass die internationalen Terrororganisationen ihre eigenen Cyberabteilungen entwickeln würden. Die Fähigkeit der terroristisch kontrollierten Hacker, ihre Cyberangriffe als gezielte feindliche Aktionen eines Landes zu tarnen, berge das Risiko echter Konflikte, betonte Bortnikow.

Anfang Oktober begannen in Ecuador heftige Proteste gegen die von Präsident Lenín Moreno angekündigten wirtschaftlichen Reformen. Der Unmut eskalierte, nachdem die Regierung die jahrzehntelang gewährten Subventionen für Treibstoffe gestrichen hatte. Die Transportunternehmer legten daraufhin am vergangenen Donnerstag und Freitag das gesamte Land lahm. Den Protesten schlossen sich auch andere öffentliche Organisationen an. Moreno hatte angesichts der landesweiten Proteste den Ausnahmezustand verhängt, der zunächst 60 Tage gilt.

Inzwischen war berichtet worden, dass nach den Verhandlungen zwischen den indigenen Völkern und der Regierung der umstrittene Erlass über die Auflösung der Staatssubventionen für Benzin aufgehoben werde. Zudem hob die Regierung am Montag den Ausnahmezustand im Lande auf.

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 17. Oktober 3:00 Uhr bis 18. Oktober 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 18. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Golomowskij, Jasinowataja, Spartak, Leninskoje, Kominternowo, Sachanka.**

Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 242.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber bis 12,7mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 291.

Ab 01:01 Uhr am 21. Juli 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, bedingungslosen, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung in Kraft.

de.sputniknews.com: Al-Nusra-Kämpfer verlegen Teil ihrer Kräfte von Idlib nach Latakia – Russisches Militär

Mindestens 500 Terroristen sind aus der syrischen Provinz Idlib nach Latakia verlegt worden. Auf dem Weg in dieser Richtung befinden sich bereits 3500 Kämpfer von „Hai’at Tahrir asch-Scham“ (ehemals „Dschebhat an-Nusra“). Dies erklärte der Chef des russischen Versöhnungszentrums in Syrien, Generalmajor Alexej Bakin.

Zuvor hatte Bakin erklärt, dass die Terroristen von „Hai’at Tahrir asch-Scham“ die Aufklärungs- und Diversionstätigkeit in Latakia intensiviert hätten.

Am Donnerstag sagte er bei einem Briefing:

„In der Idliber Deeskalationszone wird die Umgruppierung von Kräften der Terrororganisationen fortgesetzt. Verlegt wurden mindestens 500 Kämpfer aus dem Bezirk der Ortschaft Dschir asch-Schughur der Provinz Idlib in den Bezirk Kbani (Kabanah) der Provinz Latakia.“

Der größte Anteil von ihnen stammt demnach aus dem Ausland. In dieser Richtung seien bereits mehr als 3500 Kämpfer von „Hai' at Tahrir asch-Scham“ unterwegs.

Der Generalmajor fügte hinzu, dass das russische Versöhnungszentrum Kommandeure der illegalen bewaffneten Formationen dazu aufruft, auf bewaffnete Provokationen zu verzichten und den Weg einer friedlichen Regelung der Situation in den von ihnen kontrollierten Bezirken zu befolgen.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images//32587/49/325874922.jpg>

nachmittags:

armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Situation an der Kontaktlinie vom 12. bis 18. Oktober 2019**

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **18-mal das Feuer auf Ortschaften der Republik** eröffnet.

In **Richtung Gorlowka** haben Strafsoldaten Schapowalows aus der 59. Brigade **Golmomwskij** mit 122mm-Artillerie beschossen.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer unter Führung von Kokorjew aus der 92. und Iwanows aus der 56. Brigade die Gebiete von **Jasinowataja** und **Spartak** mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Antipanzer- und automatischen Granatwerfern beschossen.

In **Richtung Mariupol** haben die Kämpfer Gnatows aus der 36. Brigade das Feuer mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Antipanzer- und automatischen Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen auf **Kominternowo, Leninskoje** und **Sachanka** eröffnet.

Insgesamt haben die ukrainischen Kämpfer 242 verschiedene Geschosse auf das Territorium der Republik abgefeuert.

Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner **achtmal das Regime der Feueinstellung verletzt**. **Sachanka, Leninskoje, Sajzewo** und die **Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks** in Donezk wurden mit Panzerwaffen, 120mm-Mörsern, Antipanzer- und automatischen Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

In der letzten Woche haben die BFU **168-mal das Regime der Feueinstellung verletzt**, darunter auch mit verbotenen Arten von Waffen, und dabei auf **22 Ortschaften der Republik** 18 Artilleriegranaten des Kalibers 122mm, 547 Mörsergeschosse der Kaliber 120 und 82mm, 15 Panzergeschosse und 544 sonstige Granaten verschiedener Art abgefeuert.

Durch Beschuss der BFU wurden **22 Wohnhäuser und Infrastrukturobjekte** in Sajzewo, Staromichajlowka, Asandrowka, Jasnoje, Kominternowo **beschädigt**, es wurde **ein ziviler Einwohner**, geb. 1958, in Sajzewo **verletzt**.

Alle Informationen wurden mit Fotos und Videomaterial an Vertreter internationaler Organisationen, die sich in der Republik befinden sowie an die Generalstaatsanwaltschaft zur Aufnahme von Strafverfahren gegen die Kriegsverbrecher Schapowalow, Iwanow, Kaschtschenko, Martschenko, Kokorjew, Korostelew und Gnatow übergeben.

Seit dem Inkrafttreten des Waffenstillstands ab 00:00 Uhr am 21. Juli **hat der Feind ihn 1141-mal verletzt**. Insgesamt **starben durch Beschuss der BFU zwei Zivilisten und 18 wurden verletzt**. Es wurden **244 Wohnhäuser und Infrastrukturobjekte beschädigt**.

Die bewaffneten Formationen der Ukraine nutzen weiter Drohnen zur Leitung des Feuers auf das Territorium unserer Republik. Dank der professionellen Handlungen unserer Verteidiger verlor der Feind in der letzten Woche drei Drohnen, zwei vom Typ „Phantom“ und eine vom Typ „Leleka“.

Die Luftabwehreinheiten der Volksmiliz der DVR vervollkommen ständig ihre Fertigkeiten und Mittel zum Kampf gegen die Luftmittel des Gegners und verteidigen den Himmel des Donbass zuverlässig, die vernichteten Drohnen sind dafür eine Bestätigung.

Die Besatzer erleiden weiter nicht kampfbedingte Verluste dadurch, dass sie auf Sprengeinrichtungen geraten sowie infolge von Alkohol- und Drogenmissbrauch.

In der letzten Woche betrug die Verluste des Gegners in der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ **sieben Tote und 13 Verletzte**. Davon kommen drei Tote und vier Verletzte auf die 128. Brigade, die in der letzten Woche das Konto der Toten infolge von Detonationen auf Minen, die von Kämpfern der 35. Brigade installiert worden waren, eröffnete.

In den letzten 24 Stunden betrug die nicht kampfbedingten Verluste der bewaffneten Formationen der Ukraine einen Toten und einen Verletzten.

Im Gebiet von Werchnetorezkoje ereignete sich während der technischen Ausstattung von Positionen aufgrund von Verletzungen von Sicherheitsanforderungen bei der Entdeckung von explosiven Objekten und beim Versuch, diese selbständig zu entfernen, eine Detonation einer unbekanntes Einrichtung, dabei starb der Soldat Tischtschenko, der Feldwebel Sobko erlitt Splitterverletzungen und wurde in eine medizinische Einrichtung von Awdejewka eingeliefert.

Das **Kommando der Besatzungskräfte behindert weiter die Arbeit der OSZE-Beobachter**, um schwere Waffen auf dem Gebiet von sozialen und Wohnobjekten, die in Verletzung der Minsker Vereinbarungen stationiert sind, zu verheimlichen.

Zum Kampf gegen Drohnen der OSZE-Beobachter nutzen die Besatzer weiter mobile Gruppen der elektronischen Kriegführung aus dem 20. und 305. Bataillon für elektronische Kriegführung der BFU, die größte Aktivität ist in Gebieten mit einer Konzentration von verbotenen Waffen in der Nähe von Gnutowo, Lebensdinskoje, Pawlopol, Starognatowka, Bogdanowka, Konstantinowka, Awdejewka, krasnogorowka, Karlowka, Tschermalyk, Opytnoje und Karlowka festzustellen.

Neben Mitteln der elektronischen Kriegführung haben die ukrainischen Straftruppen in den Gebieten von Petrowskoje zweimal Drohnen der OSZE-Mission mit Schusswaffen beschossen und dabei eines der Geräte vernichtet. Aus diesem Grund wurde das Monitoring in diesem Gebiet eingestellt. Nach uns vorliegenden Informationen wurde zwei Kämpfern, dem Feldwebel Boshenko und dem Matrosen Strishko aus dem 137. Bataillon der 35. Brigade eine Anerkennung ausgesprochen, und sie erhielten Prämien im Umfang von 36.000 Griwna für die effektive Ausführung einer Kampfaufgabe zur Vernichtung „feindlicher“ Technik.

Unsere Aufklärung bestätigt Fälle der Stationierung von 20 Artilleriegeschützen, 16 Panzern und 69 Schützenpanzern, die in Verletzung der Minsker Vereinbarungen in der Nähe von Wohnhäusern und auf dem Territorium von kommunalen Objekten stationiert sind: Nowotroizkoje – ein Artilleriegeschütz 2S1 „Gwosdika“, ein Schützenpanzer und ein

Schützenpanzerwagen; Beresowoje – ein Schützenpanzerwagen; Wiktorowka – 2 Schützenpanzer, ein Panzertransport und ein Schützenpanzerwagen; Torezk – ein Schützenpanzerwagen; Werchnetorezkij – ein Schützenpanzerwagen; Nowobachmutowka – ein Schützenpanzerwagen; Konstantinowka – 16 Panzer und 12 Artilleriegeschütze 2S1 „Gwosdika“; Luganskoje, Opytnoje und Belaja Gora – 49 Schützenpanzer und Schützenpanzerwagen; Katerinowka – ein Schützenpanzerwagen und ein Schützenpanzer; Selidowo – 4 Mehrfachraketenwerfer BM-21 „Grad“; Chlebodarowka – eine Haubitze D-20; Drushkowka – ein Antipanzergeschütz MT-12 „Rapira“ und ein Artilleriegeschütz „Akazija“; Artjomowsk – ein Abwehraketenkomplex „Tugunskaja“; Kamenka – 2 Schützenpanzerwagen und 5 Schützenpanzer.

Die letzte Woche hat das völlige **Fehlen sowohl des politischen Willens als auch der Kontrolle über die bewaffneten Formationen bei der derzeitigen Führung der Ukraine** in Person von Selenskiy und des Verteidigungsministers Sagorodjuk demonstriert. Nach der offenen Sabotage der politischen Entscheidung zur Beseitigung der Verstöße am Trennungsabschnitt Nr. 3 Petrowskoje haben die Strafruppen die Intensität des Besuchs des Territoriums unserer Republik entlang der gesamten Kontaktlinie verstärkt. Während der Sitzung der dreiseitigen Kontaktgruppe in Minsk drückte sich die ukrainische Delegation in jeglicher Weise vor einer Antwort bezüglich der Sachverhalte der Nichterfüllung ihrer Verpflichtungen. Gleichzeitig verstärken nationalistische Banden in der Tiefe des Landes weiter ihre Positionen und konzentrieren ihre Kräfte. Der **Strom von Waffen aus der OOS-Zone in innere Regionen der Ukraine hat sich deutlich verstärkt**. So haben ukrainische Truppen auf dem Gebiet der Oblast Kiew vier Verstecke entdeckt, in denen sich insgesamt mehr als 20 Maschinenpistolen AK-74, zwei Scharfschützengewehre, 12 RGD-5-Granaten sowie etwa 7 kg Sprengstoff entdeckt. Dort wurden auch Agitationsmaterialien des „Rechten Sektors“ gefunden.

Der Wechsel der politischen Führung in der Ukraine hat das Gleichgewicht der Kräfte nicht verändert, so dass die Situation im Land grundsätzlich hätte durchbrochen werden können. Selenskiy unternimmt außer leeren Erklärungen und Schmeicheleien gegenüber den Nationalisten nicht Konkretes. Nicht umsonst nennt man ihn in seiner Umgebung „Telefonklatschmaul“ sowie „Speichellecker und Diener des US-Präsidenten“. Die Partei des Krieges Poroschenkos tritt weiter als Katalysator für die ukrainische Aggression im Donbass auf, um den Zugang zu Geldflüssen zu bewahren, der großflächiger Diebstahl sorgfältig verheimlicht wird.

Während des sechsjährigen Blutvergießens unter dem Vorwand des Kampfes um territoriale Integrität jagt die Kiewer Junta die Ukraine planmäßig in Millionenschulden gegenüber den westlichen Ländern.

Als Beispiel des Waschens und der Unterschlagung von Geldmitteln in besonders großem Ausmaß kann man den Kauf von 16 abgeschriebenen Artilleriegeschützen 2S1 für 1,5 Mio. Dollar durch die Ukraine in Tschechien anführen, von denen die BFU mehr als genug hat, sowie den Kauf von in Tschechien abgeschriebenen 200 Schützenpanzerwaffen der Produktionsjahre 1966-1983 über Polen, die unter Berücksichtigung ihrer Reparatur das Verteidigungsministerium 40 Mio. Dollar kosteten.

Eines der letzten Beispiele der Geldwäsche durch den Krieg ist der Kauf von 152mm-Splittergeschossen für D-20-Haubitzen sowie von 2S3-Haubitzen durch die Ukraine in Polen, die illegal auf vier Lastwagen unter dem Anschein von Baumaterial in die Ukraine gebracht wurden.

Dieses Geschäft wurde unter Beteiligung der polnischen Gesellschaft „ARMTech“ und der ukrainischen „Speztechnostroj“ durchgeführt. Nach den Unterlagen zahlte die Ukraine der polnischen Gesellschaft 4.670.000 Euro Haushaltsgelder und das trotz der lange abgelaufenen Haltbarkeitsdauer und der überhöhten Kosten. Solche Lieferungen von Munition von Polen in die Ukraine erfolgen systematisch und mit jeder von ihnen füllen sich Beamte die Taschen.

„Speztechnostroj“ gehört zum staatlichen Konzern „Ukroboronprom“, mit dem einige große Korruptionsskandale unter Beteiligung des ehemaligen Präsidenten der Ukraine P. Poroschenko verbunden sind.

Es wird klar, warum eine Reihe von NATO-Ländern, die ehemalige und ein Teil der derzeitigen Führung der Ukraine so auf der Fortsetzung des Konflikts bestehen und keine friedlichen Szenarien der Regelung des Konflikts im Donbass akzeptieren. Alles läuft auf banalen Diebstahl ukrainischer Haushaltsgelder hinaus.

Nach dem **Besuch einer Reihe von Einheiten der bewaffneten Formationen der Ukraine in der OOS-Zone durch den Anführer der nationalistischen Zelle „Rechter Sektor“ Jarosch** in der letzten Woche macht sich das Kommando der Besatzungskräfte ernsthaft Sorgen um das Aufkommen von Proteststimmungen unter den Kämpfern.

Während eines mündlichen Bericht an den Kommandeur der Besatzungskräfte Krawtschenko äußerte der Kommandeur der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ Moskaljow Beunruhigung, dass im Fall eines Befehls zum Abzug von Kräften und Mitteln von den Frontpositionen entlang der gesamten Kontaktlinie, wie dies in den Minsker Vereinbarungen vorgesehen ist, eine Reihe von Einheiten diesen Befehl nicht ausführen würde. Nach Meinung Moskaljows sollte die nächste Einheit, die nach der unkontrollierten 35.

Marineinfanteriebrigade die OOS-Zone verlassen wird, die 92. mechanisierte Brigade sein, die vor allem aus Nationalisten besteht. Derzeit ist das Kommando der Besatzungskräfte mit der Entscheidung beschäftigt, welche Einheit die Positionen der 92. Brigade übernehmen soll. Die Entscheidung ist nicht einfach, weil die Ausstattung der Einheiten, die gerade eine Wiederherstellung der Kampffähigkeit durchlaufen, äußerst gering ist.

Nicht zum Besten steht es in Fragen der Personalausstattung bei den Verbänden in der Zone der Besatzungskräfte. Ihre Ausstattung übersteigt 60% der vorgesehenen nicht. Im Ergebnis der Arbeit einer Kommission des Stabs der OOS ist es in folgenden Einheiten am schlimmsten: 59. Panzergrenadierbrigade – 50% (1660 Mann von 3320), 56.

Panzergrenadierbrigade – 52% (1764 Mann von 3349), 28. mechanisierte Brigade – 42% (1554 Mann von 3642 vorgesehenen).

In der letzten Woche wurden mit dem Personal der Volksmiliz Übungen zur militärischen Ausbildung bezüglich Herangehensweisen und Fertigkeiten, die zur Leitung der Einheiten im Kampf notwendig sind und die erlauben garantiert eine zuverlässige Verteidigung unserer Republik zu gewährleisten, fortgesetzt.

Der größte Maßnahmekomplex zur Erhöhung des Niveaus der militärischen Ausbildung waren in der letzten Woche **Kommandostabsübungen mit Einheiten der Volksmiliz der DVR.**

Eine hochwertige und sorgfältige Bearbeitung aller Elemente der militärischen Ausbildung der Verbände und Truppenteile hat es erlaubt, alle gestellten Ziele und Aufgaben der Kommandostabsübungen mit „gut“ zu bewerten.

de.sputniknews.com: **Kiew beschließt Amnestiegesetz: „Gültig nach Wiederherstellung der Souveränität“**

Ein Amnestierecht im Rahmen der Minsker Abkommen kommt erst zur Geltung, wenn in der Donbass-Region legitime Machtorgane gewählt sind, sagte der ukrainische Vizeaußenminister Wassili Bodnar.

„Die Ukraine hat bereits alle Gesetzesakte verabschiedet, die für die Amnestieanwendung im Rahmen des Rechtsfeldes im Kontext der Minsker Abkommen notwendig sind. (...) Die Amnestie kann angewendet werden, (...) sobald die Souveränität der Ukraine wiederhergestellt ist. Eine Entscheidung über die Anwendung bzw. Nicht-Anwendung der Amnestie wird gerichtlich getroffen“, sagte Bodnar.

Ihm zufolge fallen die Personen, die wegen Kriegsverbrechen schuldig gesprochen worden seien, und die in das Unglück mit der malaysischen Boeing über Donezk im Jahr 2014

verwickelten Personen nicht unter die Amnestie. Einer der Punkte der Minsker Abkommen sieht „Begnadigung und Amnestie durch das Inkrafttreten eines Gesetzes vor, das die Verfolgung und die Bestrafung von Personen im Zusammenhang mit Ereignissen in einzelnen Bezirken der Gebiete Donezk und Lugansk der Ukraine verbietet“.

Vertreter der selbsterklärten Volksrepubliken Donezk und Lugansk haben wiederholt eine vollständige Amnestie für die Teilnehmer am Donbass-Konflikt gefordert.

Der ukrainische Außenminister Wadim Pristaiko sprach sich im September gegen die Amnestieanwendung für die Donbass-Volksmilizen aus. Wie er sagte, würden die Behörden nicht in Wahlen nach den Bedingungen der Volkswehr einwilligen.

Entsprechend den von der ukrainischen Seite in Minsk signierten Abkommen muss Kiew zuerst die Truppen abziehen und ein Amnestiegesetz für die Konflikttteilnehmer in den selbsterklärten Volksrepubliken verabschieden.

Dann müssen alle Geiseln bzw. unrechtmäßig festgehaltenen Personen freigelassen und nach dem Prinzip „alle gegen alle“ ausgetauscht werden. Ferner gilt es, die sozial-ökonomischen Verbindungen mit den von Kiew nicht kontrollierten Territorien wieder herzustellen, Änderungen an der Verfassung vorzunehmen, die den Sonderstatus der Gebiete Donezk und Lugansk und ihr Recht auf die Wahl der Amtssprache vorsehen, und schließlich Fragen der Durchführung von Regionalwahlen im Rahmen der Trilateralen Kontrollgruppe mit Vertretern von Donezk und Lugansk abzustimmen.

Mil-Inr.info: Pressekonferenz des Leiters des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann Ja. A. Osadtschij über Situation an der Kontaktlinie vom 12. bis 18. Oktober 2019

Guten Tag!

Heute informiere ich über die Lage an der Kontaktlinie und über die Ergebnisse der Tätigkeit der Einheiten der Volksmiliz der LVR in der letzten Woche.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **zweimal das Territorium der Republik beschossen** und versucht die Soldaten der Volksmiliz der LVR zu erwidern Maßnahmen zu provozieren. Mit 120mm-Mörsern haben Kämpfer der 72. Brigade das Gebiet von **Kalinowo** beschossen und fünf Mörsergeschosse abgefeuert. **Nishneje Losowoje** haben Kämpfer der 59. Brigade der BFU mit 82mm-Mörsern und Schützenpanzerwaffen beschossen.

In der letzten Woche haben die BFU insgesamt **sechsmal das Regime der Feueereinstellung verletzt**. Dabei setzte der Gegner von den Minsker Vereinbarungen verbotene Mörser des Kalibers 120mm und 82mm, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfer, großkalibrige Maschinengewehre und Schusswaffen ein.

Insgesamt wurden die Gebiete von **fünf Ortschaften beschossen**.

Verluste unter der Zivilbevölkerung oder den Soldaten der Volksmiliz der LVR gibt es keine.

...

Am 15. Oktober hat ein weiteres Treffen der dreiseitigen Kontaktgruppe in Minsk stattgefunden. **Leider unterstützen die Vertreter der Ukraine nach wie vor die Politik des Regimes Poroschenko**. Gemäß einer Erklärung von Darka Oliner, der Pressesekretärin von Leonid Kutschma, sind weitere Schritte bei der friedlichen Regelung des Konflikts im Donbass nur im Fall einer „Liquidierung“ der Volksrepubliken, einer Rückkehr der Territorien in die Griwna-Zone und einem Abzug mythischer Formationen ausländischer Truppen möglich. Ich möchte daran erinnern, dass keine einziger dieser Forderungen im Maßnahmenkomplex zum Ausdruck kommt, der am 12.2.15 in Minsk unterzeichnet wurde. Wir haben es ein weiteres Mal mit den Institutionen der Kiewer Regierung zu tun und einem Versuch der Vertreter der Ukraine, die Minsker Vereinbarungen willkürlich zu behandeln. Diese Situation charakterisiert die Schwäche der Kiewer Regierung in Gestalt des Präsidenten.

Die Koketterie Selenskijs mit den nationalistischen Gruppierungen stellt bereits die Wiederaufnahme des Truppenabzugs in Frage. Insbesondere hat die ukrainische Seite am 9. Oktober unter Druck der Nationalisten aus der Organisation „Ziviles Korps“ die Trennung von Kräften und Mitteln in Solotoje sabotiert. Trotz des Fehlens eines spiegelbildlichen Antwort der ukrainischen Seite auf die weiße Signalrakete, die wir als Signal der Bereitschaft zum Abzug der Truppen am 9. Oktober abgeschossen haben, haben wir als Geste des guten Willens noch zwei weitere Versuche der Trennung am 10. und 11. Oktober unternommen. Aber diese Geste wurde auch von der ukrainischen Seite ignoriert, was nur vom Unwillen Kiews zeugen kann, die Friedensinitiativen umzusetzen.

de.sputniknews.com: **Uno: In Ras al Ain wird trotz vereinbarter Waffenruhe weiter gekämpft**

Trotz der fünftägigen Aussetzung der türkischen Offensive in Syrien kommt es in der syrischen Grenzstadt Ras al Ain zu Gefechten. Dies teilte der Sprecher des UN-Amtes für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten, Jens Laerke, am Freitag in Genf mit.

„Trotz der Ankündigung des Waffenstillstands erhalten wir Berichte, wonach im Gebiet von Ras al Ain weiter geschossen wird“, sagte Laerke.

Ihm zufolge wird der Waffenstillstand in anderen Teilen des Grenzgebiets eingehalten.

Auch die syrisch-kurdischen SDF-Einheiten meldeten eine Verletzung der Waffenruhe: „Ras al Ain steht weiter unter Beschuss, es werden auch Drohnen eingesetzt. Ziele in der Nähe des Krankenhauses werden besonders stark beschossen“, hieß es in einer SDF-Erklärung, die RIA Novosti vorlag.

Der türkische Staatschef Recep Tayyip Erdogan dementierte allerdings diese Berichte und sagte, dass es aktuelle keine Zusammenstöße im Nordosten Syriens gebe.

Am Donnerstag beschlossen der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan und US-Vizepräsident Mike Pence, dass Ankara seine am 9. Oktober begonnene Militäroperation in den kurdischen Gebieten Syriens für fünf Tage einstellt. Das Waffenstillstandsabkommen gilt für die türkisch-syrische Grenze zwischen den Städten Tel Abyad und Ras al Ain. Innerhalb der fünf Tage sollen die kurdischen Kräfte die 30-Kilometer-Grenzzone verlassen – die USA werden ihnen dabei laut Pence helfen, ohne ihre eigenen Truppen zurück in die Region zu verlegen.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images//32587/51/325875120.jpg>

armiyadnr.su: **Dringende Mitteilung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 18. Oktober 2019**

Der Gegner unterlässt die Versuche nicht, die Situation an der Kontaktlinie durch Vergrößerung der Intensität des Beschusses des Territoriums unserer Republik zu

destabilisieren, und verletzt dabei grob die Minsker Vereinbarungen. Dabei wählen die unkontrollierten Strafruppen immer öfter zivile Infrastruktur und die Häuser friedlicher Einwohner als ihre Ziele.

Heute haben die Kämpfer Schapowalows aus der 59. Brigade **Sajzewo jushnoje** mit 120mm-Mörsern, Antipanzer- und automatischen Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen. Infolge des Beschusses wurden Schäden an folgenden Häusern festgestellt: Jessenin-Straße 3, 34, 34a, Karbyschew-Straße 63 und 67.

Informationen über Opfer und Zerstörungen werden noch genauer ermittelt.

Die Handlungen der ukrainischen Besatzer werden nicht unbestraft bleiben, für jeden Beschuss des Territoriums unserer Republik wird der Feind die verdiente Strafe erhalten.

Wir rufen die internationalen Beobachter der OSZE-Mission auf, sich in das Geschehen einzumischen und Einfluss auf die BFU auszuüben, um sie zur Einhaltung eines nachhaltigen Regimes der Feueereinstellung zu zwingen.

de.sputniknews.com: **Syrische Armee verlegt Artillerie an Grenze zur Türkei**

Die syrische Armee verstärkt weiterhin ihre Präsenz im Gebiet der Stadt Ain al-Arab an der Grenze zur Türkei, die in Syrien eine inzwischen zeitweilig ausgesetzte Militäroperation gegen die kurdischen Formierungen führt. Dies teilte ein Reporter von RIA Novosti am Freitag mit.

Eine Kolonne des syrischen Militärs mit Geschützartillerie bewegt sich von Manbidsch in Richtung Kobanî.

Am Dienstag sind in der Stadt Kobanî die ersten Truppenteile der Armee der Arabischen Republik Syrien eingetroffen. Im Laufe der letzten acht Jahre befand sich die Grenzsiedlung unter der Kontrolle von kurdischen bewaffneten Formierungen.

Die autonome Administration des Nordostens Syriens hatte am Sonntag die mit Damaskus erzielten Vereinbarungen verkündet, in deren Rahmen die syrische Armee zur Abwehr der „türkischen Aggression“ die Territorien entlang der nördlichen Grenze einnehmen solle. Die Regierungstruppen sind per Stand von heute in eine Reihe Ortschaften in der Provinz Rakka und im Norden von Aleppo einmarschiert.

Ankara hatte am 9. Oktober den Beginn der Operation „Friedensquelle“ gegen die Kurden-Miliz YPG und die Terrorvereinigung „Islamischer Staat“ im Norden Syriens angekündigt. Die syrische Regierung hatte mehrmals die Okkupationspolitik der Türkei im Norden Syriens verurteilt. Russland hatte erklärt, dass man jene Schritte vermeiden müsse, die die Regelung des seit 2011 anhaltenden syrischen Konfliktes behindern könnten.

Dan-news.info: **Kommentar der Außenministerin der DVR Natalja Nikonorowa zur Frage der Vorbereitung von Rechtsakten zur Amnestie durch die Ukraine**

Das ukrainische Außenministerium versucht wieder die Weltöffentlichkeit von seiner Unterstützung der Minsker Vereinbarungen zu überzeugen, trotz der offensichtlichen Tatsachen, die vom Gegenteil zeugen. Die Erklärungen, dass Kiew alle notwendigen Rechtsakte für eine Amnestie beschlossen hätte, haben mit der Realität nichts gemein. Erstens, irgendein Entwurf eines Rechtsakts über die Amnestie wurde 2014 im Parlament abgestimmt, aber es ist nicht einmal völlig klar, wie man dieses Dokument nennen soll, weil im ukrainischen Gesetzgebungsprozess und weltweit überhaupt noch keine Bezeichnung für den einmaligen Status erdacht wurde, wenn über einen Entwurf abgestimmt wurde, aber dieser schon fünf Jahre lang nicht vom Vorsitzenden der Obersten Rada unterzeichnet wurde. Zweitens, der Text dieses Gesetzesentwurfs wurde einseitig erstellt, ohne Berücksichtigung der Meinung des Donbass. Es muss daran erinnert werden, dass die grundlegende Bedingung der Erfüllung der Punkte des Maßnahmenkomplexes die Abstimmung aller entsprechenden Rechtsakte mit den Vertretern der Republiken ist. Ohne Einhaltung dieser Schlüsselforderung der politischen Regelung des Konflikts sind alle einseitigen Handlungen oder die Annahme

von Rechtsakten zum Donbass eine Verletzung der Minsker Vereinbarungen. So beobachten wir eine Fortsetzung der Politik Poroschenkos zur maximalen Verzögerung und Imitation einer friedlichen Regelung vor der Weltgemeinschaft. Vor dem Hintergrund provokativer Erklärungen ukrainischer offizieller Persönlichkeiten, dass sie nicht vorhaben, die Geltung des Gesetzes über einen besonderen Status des Donbass zu verlängern, überzeugen wir uns immer mehr davon, dass es bei der neuen Kiewer Regierung bisher keinen politischen Willen zur Lösung des Konflikts gibt.

de.sputniknews.com: **Arktis-Doktrin als Kampfansage an Russland? USA wollen Nordostpassage blockieren**

Von Alexander Lesnych

Das Pentagon hat dem US-Kongress eine Arktis-Doktrin vorgelegt, die auf die Sperrung der russischen Nordostpassage gerichtet ist. Experten zufolge wird sich die Arktis in den kommenden Jahren zu einem Konfliktherd entwickeln – auf der einen Seite die Gegner der Nordostpassage mit den USA an der Spitze, auf der anderen Seite Russland und seine Partner. In dem vom Pentagon vorbereiteten Dokument wird hervorgehoben, dass die Arktis im direkten Zusammenhang mit der nationalen Sicherheit der USA stehe. Die Hauptaufgabe Washingtons sei, einen tödlicheren, stabileren, flexibleren Verband aufzubauen, der einen Wettbewerbsvorteil in dieser wichtigen Region gewährleisten könnte. Neben dem Eispolarmeer geht es dabei auch um die Beringstraße und den Meereskorridor bei Grönland, Island und Norwegen.

Arktis-Bremse

Das Problem besteht darin, dass den USA in der Arktis nur ein kleines Gebiet auf Alaska gehört. Deswegen setzt Washington nun die Nato-Verbündeten unter Druck, um ungehinderten Zugang zu den nördlichen Gebieten zu bekommen.

Das Weiße Haus schlug Kanada Mitte dieses Jahres vor, auf sein ausschließliches Recht auf den arktischen Korridor zu verzichten, was in der UN-Konvention vorgesehen ist. Der Chef der US-Seestreitkräfte, Richard Spencer, hatte bereits früher die Absicht angekündigt, in der kanadischen Zone des Nordpolarmeeres die US-Flotte und die Zahl der Militärobjekte auszubauen. Viele Experten sind der Ansicht, dass der Wunsch Trumps, Dänemark Grönland abzukaufen, mit dem Streben der USA zu erklären sei, einen Militärstützpunkt in den polaren Gewässern zu bekommen.

Zudem ist die Arktis-Doktrin auf die Schwächung der strategischen Konkurrenten der USA in der Region gerichtet – Russland und China. Besonders stark ist Washington wegen der Nordostpassage beunruhigt – die Amerikaner sehen in diesem Projekt den Versuch Moskaus und Pekings, die wichtigsten Orte in den nördlichen Breiten zu ergreifen.

Die Nato-Verbündeten teilen die Befürchtungen des Weißen Hauses. Ende August äußerte die norwegische Regierungschefin Ine Marie Eriksen Soreide Besorgnisse wegen Umwelt- und wirtschaftlichen Aspekten der Nordostpassage und die Absicht, die Route auf Übereinstimmung mit den europäischen Standards zu überprüfen.

Die Umweltargumente des Westens beeindruckten Moskau kaum. Der Berater der russischen Botschaft in Norwegen, Wladimir Issupow, sagte, dass das Nordostpassage-Projekt in russischen Territorialgewässern umgesetzt wird und Oslo keine Handhabe habe, außer als Zaungast zuzuschauen.

Russland kümmert sich selbst um den Umweltschutz seiner Arktis-Projekte. Mitte August durchquerte das große Tankschiff „Prospekt Koroljowa“ der Sowkomflotte als erstes in der Welt die komplette Nordostpassage mit einem umweltfreundlichen Kraftstoff – Flüssiggas.

Die Sowkomflotte verfügt insgesamt über sechs „grüne“ Schiffe.

In den arktischen Gewässern werden immer weniger Dieselschiffe eingesetzt, Russland wird die Flotte mit atomarem Antrieb erweitern.

„Ab dem kommenden Jahr senkt die Internationale Meeresorganisation den zulässigen

Schwefelgehalt im Kraftstoff von 3,5 auf 0,5 Prozent. Die Nachfrage nach Schiffen mit Flüssiggas-Triebwerken wird steigen. Doch es gibt auch eine Alternative – Schiffe mit Kernbrennstoff. Sie haben überhaupt keine Ausstöße. Das ist z.B. für die Nordostpassage besonders aktuell“, sagte der Chef der Vereinigten Schiffsbaukorporation, Alexej Rachmanow. Ausländische Fachleute sind ähnlicher Meinung. Der Energieexperte der Freien Universität Brüssel, Samuele Furfari, rief Russland dazu auf, den Provokationen der Umweltschützer bezüglich der Atomenergie nicht zu folgen, wobei die Inbetriebnahme des schwimmenden AKW „Akademik Lomonossow“ sehr hoch eingeschätzt wurde.

Auf beiden Seiten

Russland hat auch Verbündete in der Nordostpassage – auf beiden Seiten der Route. Anfang Oktober teilte die Botschafterin Islands in Moskau, Berglind Ásgeirsdóttir mit, dass ihr Land sehr aufmerksam verfolge, wie sich das Projekt entwickelt, und in Erwägung ziehe, einen internationalen Hafen für Großschiffe zu bauen, die durch die Nordostpassage fahren. Südkoreas Präsident Moon Jae-in drückte im September die Zufriedenheit über die Kooperation mit Russland bei der Entwicklung der Nordostpassage aus – in koreanischen Werften werden derzeit 15 eisbrechende Tankschiffe zur Beförderung von Flüssiggas über die arktische Route gebaut.

Experten haben keine Zweifel daran, dass der größte Teil des Handelsstroms zwischen der westlichen und östlichen Hemisphäre bereits in den kommenden Jahren zur Nordostpassage wechseln wird. Diese Strecke ist fast einen Monat kürzer als der übliche Weg über den Suez-Kanal. Und deutlich sicherer, weil dort keine Piraten aus Somalia u.a. ihr Unwesen treiben. Russland will zum Jahr 2024 jedes Jahr 50 Millionen Tonnen Fracht über die Nordostpassage befördern – das ist in einem Mai-Erlass Putins festgeschrieben. Laut dem Chef der Nordostpassage-Abteilung von Rosatom, Wjatscheslaw Rukscha, kann diese Zahl erreicht werden – dank dem Export der Energieressourcen des sich in Bau befindlichen Komplexes Arctic LNG-2 (von dort werden jedes Jahr 18 Millionen Tonnen Flüssiggas abgeladen), der Frachtbasis „WostokUgol“ auf der Taimyrhalbinsel (20 Millionen Tonnen Kohle) und dem Vorkommen Pajachskoje (mehr als fünf Millionen Tonnen Öl).

Doch dabei geht es nicht nur um fossilen Brennstoff. Das Gebiet Omsk will über die Nordostpassage Getreide für Länder in der Asien-Pazifik-Region befördern. Mitte Oktober billigte die russische Landwirtschaftsministerin Oksana Lut eine entsprechende Exportroute. Im Juli des kommenden Jahres ist der erste Testlauf geplant.

Russland wird weiterhin große Arktis-Projekte umsetzen. „Die Arktis ist derzeit eine der am wenigsten erforschten Regionen der Welt, weshalb großes Potential darin steckt, das der Entwicklung der gesamten Welt einen Schub geben wird. Das sind 80 Prozent Gas, 20 Prozent Öl und bis zu 100 Prozent Vorräte an Bodenschätzen bei mehreren Elementen. Wir zählten mehr als 100 aussichtsreiche Projekte, in die bis 2030 rund elf Billionen Rubel investiert werden“, sagte Dmitri Fischkin von der Agentur des Fernen Ostens zur Heranziehung von Investitionen und Förderung von Unternehmen.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images//32587/67/325876707.jpg>

abends:

de.sputniknews.com: **Naftogaz will 11-Milliarden-Dollar-Klage gegen Gazprom erheben**

Das Unternehmen Naftogaz will gegen Gazprom Klagen in Höhe von 11 Milliarden Dollar als Kompensation für die mögliche Einstellung des Transits von russischem Gas erheben. Dies meldet der Exekutivdirektor des ukrainischen Unternehmens, Juri Witrenko.

„Am 1. November werden wir Gazprom unsere Klageforderungen über eine Summe von über 11 Milliarden Dollar schicken, was eine Kompensation für die Einstellung des Transits werden könnte“, schrieb er auf seinem Facebook-Account.

Zuvor hatte Gazprom die Ukraine und die Europäische Union über die Notwendigkeit benachrichtigt, die Gerichtsstreitigkeiten noch vor Abschluss eines neuen Vertrages zu regeln. Der aktuelle Gastransitvertrag läuft am 31. Dezember ab. In Kiew wurde erklärt, dass man mit seiner Verlängerung um ein Jahr nicht einverstanden sei, da man auf eine langfristige Vereinbarung abziele.

de.sputniknews.com: **Katalonien in Ausnahmestimmung: gesperrte Straßen, zerschmolzene Ampeln**

Die Katalanen haben die Straßen von Barcelona in eine Protestzone verwandelt. Sie wollen so lange auf die Straßen gehen, bis die Zentralregierung in Madrid zu Zugeständnissen bereit ist. Doch diese mauert und schickt ein Großaufgebot an Polizei.

Seit Jahren, wenn nicht Jahrzehnten fordern die Katalanen Unabhängigkeit. Nun hat die Bewegung wieder Zulauf bekommen – vor allem wegen der harten Urteile gegen die Anführer der Abspaltungsbewegung.

Seit nun fünf Tagen halten die Proteste an und werden nur noch größer. Am Freitagabend sehen die Straßen von Barcelona bereits wie eine Stadt im Ausnahmezustand aus. Wie Korrespondenten vor Ort berichten, sind zahlreiche Straßen gesperrt, die Polizeipräsenz ist gewaltig.

Zugleich sind die Straßen voller abgebrannter Müllcontainer und Autos, halb zerschmolzener Ampeln und viel Schmutz – Zeugen der letzten Proteste.

Zahlreiche Läden sind geschlossen. Auch die weltberühmte Kirche Sagrada Familia, ein Wahrzeichen der Stadt, ist zu.

Am Freitagabend sind dann über eine halbe Million Menschen auf den Straßen – die Stimmung ist angespannt. Dass die Lage schnell ins Chaos übergehen kann, zeigen auch zahlreiche katalanische Flaggen an den Fenstern, vor allem aber Graffiti an den Wänden, wie etwa „Freiheit oder Chaos“ oder „Unabhängigkeit“.

Auch Sprüche wie „Scheiß-Polizei“ oder „Die Revolution des Lächelns ist vorbei“ sind zu

sehen.

Auch spanische Medien befürchten eine Zunahme an Gewalt. „Furie und Feuer“, titelt die konservative Madrider Zeitung „ABC“ und warnt:

„Die Separatisten haben immer weniger Angst davor, den Staat herauszufordern.“



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images//32587/83/325878307.jpg>

armiyadnr.su: **Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR**

Der Gegner unterlässt die Versuche nicht, die Situation an der Kontaktlinie zu destabilisieren. Täglich zur Abendzeit stellen wir eine Vergrößerung der Zahl und eine Verstärkung der Feuerangriffe von Seiten der Besatzer fest. Wir schließen nicht aus, dass die Wahl der Zeit direkt mit dem Ende der Arbeitszeit der OSZE-Mission in diesen Gebieten zusammenhängt. Dabei wählen die unkontrollierten Kämpfer, die grob die Minsker Vereinbarungen verletzen, immer öfter zivile Infrastruktur und Häuser friedlicher Einwohner als ihre Ziele.

Von 17:00 bis 19:40 Uhr haben Strafsoldaten Gnatows aus der 36. Brigade 16-mal die Gebiete von **Sachanka, Leninskoje, Besymennoje, Dsershinskoje** und **Kominernowo** mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Panzer- und Schützenpanzerwaffen, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen. Infolge des Beschusses von Leninskoje wurden zwei Gebäude in der Achmatowa-Straße 15 und 18 beschädigt.

Um 18:15 und 19:15 Uhr haben Kämpfer Korostelevs aus der 128. Brigade das Feuer mit Schützenpanzerwaffen, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen auf **Dokutschajewsk** eröffnet. Dabei wurden zwei Häuser in der Lenin-Straße 104 und 112 beschädigt.

Informationen über Opfer und Zerstörungen werden noch ermittelt.

Insgesamt wurden 329 Geschosse auf das Territorium unserer Republik abgefeuert.

Die Handlungen der ukrainischen Besatzer werden nicht unbestraft bleiben, für jeden Beschuss des Territoriums unserer Republik wird der Feind die verdiente Strafe erhalten. Wir rufen die internationalen Beobachter der OSZE-Mission auf, sich in das Geschehen einzumischen und Einfluss auf die BFU auszuüben, um sie zur Einhaltung eines nachhaltigen Regimes der Feueereinstellung zu zwingen.

de.sputniknews.com: **Erdogan: Türkei will zwölf Beobachtungspunkte in Syrien einrichten**

Die Türkei plant, in der Sicherheitszone in Syrien zwölf Beobachtungspunkte einzurichten. Das teilte Präsident Recep Tayyip Erdogan am Freitag in Ankara nach Angaben des Fernsehsenders NTV mit.

Erdogan und US-Vizepräsident Mike Pence waren am Donnerstag in Ankara übereingekommen, die Operation der türkischen Armee im Norden Syriens für 120 Stunden einzustellen, damit die kurdischen Formationen von der Grenze zur Türkei abziehen könnten.

Pence zufolge sollen die Kräfte der Kurden die 30 Kilometer breite Sicherheitszone auf syrischem Gebiet verlassen.

„Die USA werden zu diesem Prozess nach Kräften beitragen. Die US-Truppen werden in diese Region nicht zurückkehren“, versicherte Pence.

Die Türkei hatte am 9. Oktober ihre seit längerem angedrohte Offensive unter dem Namen "Quelle des Friedens" im Nordosten Syriens gestartet. Auf mehrere Städte der Region wurden Raketen- und Bombenangriffe geflogen. Etwas später wurde der Beginn einer Bodenoffensive angekündigt.

Daraufhin beschlossen die USA den Rückzug ihrer Truppen aus dem Nordosten Syriens, obwohl sie die syrischen Kurden als einen der wichtigsten Verbündeten im Kampf gegen die Terrormiliz Islamischer Staat (IS) betrachten.

Ankara will entlang der Landesgrenze auf syrischem Gebiet eine 30 Kilometer tiefe Sicherheitszone errichten und verlangt den Abzug der Kurden-Miliz aus dem Gebiet. Dort sollen dann bis zu zwei Millionen in die Türkei geflohene meist arabische Syrer angesiedelt werden. Die Türkei befürchtet ein Erstarken der Kurden jenseits ihrer Südgrenze und damit auch der nach Autonomie strebenden türkischen Kurden.

Russland hat die Türkei mehrmals vor Handlungen gewarnt, die die Beilegung des seit 2011 währenden Konflikts im Bürgerkriegsland Syrien behindern könnten.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images//32587/79/325877948.jpg>

de.sputniknews.com: **Situation bleibt fragil: Nato-Chef Stoltenberg kommentiert die vorläufige Waffenruhe in Nordsyrien**

Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg hat die vorläufige Waffenruhe im Nordsyrienkonflikt begrüßt, zugleich jedoch vor der weiterhin fragilen Lage in dem Land gewarnt.

„Ich glaube, dass dieses Abkommen dabei helfen kann, die Situation zu deeskalieren“, sagte Stoltenberg am Freitag bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit US-Außenminister Mike Pompeo in Brüssel.

Er begrüße es, dass die beiden Nato-Verbündeten USA und Türkei sich auf das weitere Vorgehen geeinigt hätten. Zugleich betonte er, die Situation in Syrien bleibe fragil. Zuvor hatte Pompeo die Alliierten über das am Donnerstag geschlossene Abkommen informiert. Die Türkei hatte am 9. Oktober mit verbündeten syrischen Rebellen einen Feldzug gegen die Kurdenmiliz YPG im Norden des Landes begonnen. Die Türkei betrachtet die YPG als Terrororganisation. Für die USA waren die Kurdenkämpfer lange enge Verbündete im Kampf gegen die Terrormiliz IS. Am Donnerstagabend vereinbarten die USA und die Türkei eine fünftägige Feuerpause, die von den Kurden zunächst akzeptiert zu werden schien.

Pompeo spielte Berichte über Verletzungen der Waffenruhe herunter.

Es habe „heute etwas Aktivität“ gegeben, sagte er.

„Aber wir haben ebenso sehr positive Aktivität gesehen“, so Pompeo.

Insbesondere betonte er, dass der YPG-Rückzug Koordinierung erfordere, die bereits begonnen habe. Die USA seien zuversichtlich, dass die Ziele des Abkommens bis zum Ablauf der Waffenruhe erreicht würden.